umdrehen in bloße Reichsprovinzen verwandeln wollte, heute von ihrer Einheitsreichsschwärmerei ganz geheilt ist und sich auf den Föderalismus, so wie sie ihn versteht, geworfen hat. Diese Mauserung beruht darauf, daß die Sozialdemokratie sich in verschiedenen Einzelstaaten, insbesondere auch in dem führenden Bundesstaate Preußen, feste Machtzentren geschaffen hat, von denen aus sie imstande ist, die Berliner Reichspolitik am sozialistischen Faden zu halten. Daß derartige Absichten nicht bloß im sozialdemokratischen Unterbewußtsein herumhaft schlummern, sondern bestimmte greifbare Form angenommen haben, hat die vorige sächsische Regierung unverhüllt verkündet durch ihre wiederholten Hinweise auf die von Dresden aus geförderten Bemühungen einen Bund der mitteldeutschen sozialistischen Staaten zustande zu bringen, um durch ihn in Berlin einen ständigen Druck zur Erzwingung einer sozialistischen Reichspolitik auszuüben. Wenn es dazu bisher nicht gekommen ist, so ist das lediglich der kräftigen Gegenwehr des Bürgertums in Thüringen und Braunschweig zu verdanken. Dafür scheint nun Sachsen den Plan der sozialistischen Beeinflußung Berlins für sich allein betreiben zu wollen. Und doch nicht allein! Auch die preußische Sozialdemokratie ist eifrig an der Arbeit, dem gleichen Ziele zuzustreben, nur mit dem Unterschiede, daß von dieser Seite aus mit ungleich größerem Geschick und hinter den Kulissen gearbeitet wird.

Die Drahtzieher der preußischen Sozialdemokratie hatten sich ein feines Projekt ausgeklügelt, um die neue Berliner Regierung ins Netz zu verstricken. Es sollte nämlich der sozialdemokratische preußische Ministerpräsident Braun als Minister ohne Portefeuille in das Reichskabinett aufgenommen werden und gleichzeitig der Reichskanzler oder der Vizekanzler in das preußische Kabinett in ebensolcher Stelle eintreten. Durch diese beiderseitigen ministeriellen „Flügeladjutanten" sollte, wie es hieß, eine „beständige Fühlung" zwischen den beiden Kabinetten hergestellt werden. Bei Lichte besehen, hätte diese „Fühlung" darin bestanden, daß der sehr geschickte und energische Braun im Reichskabinett überall sozialistische Einflüsse geltend gemacht hätte, während der Reichskanzler im preußischen Ministerium der dort herrschenden sozialistischen Atmosphäre kaum auf die Dauer gewachsen gewesen wäre. Hätte man vollends den sozialdemokratischen Vizekanzler Schmidt zum „Flügeladjutanten" gemacht, so wäre die Maschine auf Volldampf eingestellt worden. Zum Glück ist diese Schiebung nicht zur Wirklichkeit geworden, wenigstens vorläufig noch nicht. Es verlautet aber, daß die sozialdemokratische Partei die Hoffnung, ihren Plan doch noch zu verwirklichen, nicht aufgegeben habe, und es ist daher auf bürgerlicher Seite Wachsamkeit geboten, damit nicht unter der Hand ein solcher Austausch zustande kommt. Die sozialdemokratische Begründung, es handle sich um die Beseitigung der vielfach hervortretenden Gegensätzlichkeit zwischen der preußischen und der Reichsregierung und um die Befreiung der Reichspolitik von den hieraus sich ergebenden Hemmungen durch Herstellung einer ständigen Uebereinstimmung zwischen den beiden Regierungen, ist nur ein durchsichtiger Vorwand, um den parteipolitischen Zweck der Maßnahme zu bemänteln. Die Hemmungen entstehen doch nur durch das Ueberwiegen des sozialistischen Einflusses in Preußen und durch das Bestreben der Partei, ihn auch auf die Berliner Regierung zu übertragen. Solange es aber noch ein bürgerliches Deutsches Reich gibt, kann dieser Zwiespalt nicht durch eine weitere Stärkung der sozialistischen Macht in der Reichsregierung, sondern nur dadurch aus der Welt geschafft werden, daß das bürgerliche Element im Reichskabinett sich als stark genug erweist, um in Preußen sowohl wie in den übrigen Ländern die Bildung übermächtiger sozialistischer Koterien zu verhindern und die Unterordnung aller Einzelstaaten ohne Ausnahme unter den Reichsgedanken restlos zu gewährleisten.

Reichshilfe für Sachsen?

Zu der unter dieser Ueberschrift im gestrigen Blatte gebrachten Meldung teilt die „Sächs. Staatsztg." mit:

Nach in mehreren Blättern erschienenen Meldungen des Sächsischen Zeitungsdienstes soll der Herr Reichskanzler Vertretern der sächsischen Wirtschaft am 15. August zugesagt haben, noch an demselben Tage in einer Kabinettssitzung eine Entschließung über die Verhältnisse in Sachsen herbeiführen. Die Nachricht ist falsch. Die Vertreter der sächsischen Wirtschaft sollen, nach einem Bericht der sächsischen Gesandtschaft, behauptet haben, bei der Besprechung mit dem sächsischen Ministerpräsidenten habe dieser auf ihre Frage, was sie denn zu ihrem Schutze tun sollten, erklärt, vielleicht sei hierzu das Reich in der Lage; aus diesem Grunde seien sie nach Berlin gekommen, um beim Reiche Hilfe zu suchen. Falls dies zutrifft, würden die Mitglieder der Deputation den Herrn Reichskanzler falsch informiert haben. Der Reichskanzler hat denn auch den anwesenden Vertreter der sächsischen Gesandtschaft sofort gefragt, ob das richtig sei, ob also die sächsische Regierung ein Eingreifen des Reiches wünsche. Dieser hat darauf erwidert, die Darstellung der Deputation erscheine ihm unglaubwürdig. Sie entspricht auch nicht den Tatsachen. Die sächsische Regierung hat keinen Anlaß, ein Eingreifen des Reiches (d. h. der Reichswehr) zu wünschen. Ein solches würde vielmehr — wie der Ministerpräsident schon am 14. August den mit ihm beratenden Vertretern der Industrie in der eindeutigsten Weise gesagt hat — ganz unberechenbare Folgen haben.

Aufsehenerregende Verhaftung eines rheinischen Großindustriellen.

Begünstigung der Franzosen?

Elberfeld, 16. August. Nach einer Besprechung mit dem Regierungspräsidenten Grützner (Barmen) wurde der Düsseldorfer Großindustrielle Kommerzienrat Max Falk, Leiter des Rheinhandelskonzerns, wegen dringenden Verdachts der Begünstigung der Besatzung verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis nach Elberfeld gebracht. Der Verhaftung liegt folgender Tatbestand zugrunde: Seit längerer Zeit wurden durch einen Serben namens Lanowitsch von den Franzosen beschlagnahmte Waren in Mengen aufgehäuft und weiterbefördert. Falk ist dringend verdächtig, diese Weiterbeförderung der Waren begünstigt zu haben. Der Haftbefehl gegen Falk wegen Hehlerei konnte nicht aufrechterhalten bleiben, weil es nicht möglich war, in der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit von 24 Stunden Belastungszeugen aus dem besetzten Gebiete herbeizuholen. Da das Verhalten Falks den dringenden Verdacht eines Verstoßes gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 17. April 1923 rechtfertigt, wurde die Angelegenheit dem Oberpräsidenten in Münster zur Verhängung der nach dieser Verordnung zulässigen Schutzhaft oder Aufenthaltsbeschränkung zwecks Verhinderung der Rückkehr Falks in das besetzte Gebiet übergeben. Der Oberpräsident in Münster hat nunmehr gegen Falk die Schutzhaft verhängt. Falk ist ins Gefängnis nach Herford gebracht worden. Das Verfahren wegen Hehlerei geht einen Gang weiter. Bekanntlich betrachtet die deutsche Gesetzgebung den Ankauf von Waren, die von Franzosen beschlagnahmt worden sind, oder Beihilfe dazu als Hehlerei.

Weitere Personalfragen zum Regierungswechsel.

Berlin, 16. Aug. Der Reichsaußenminister und der Reichspostminister waren bis heute mittag noch nicht ernannt. Nachdem Abg. Giesberts abgelehnt hat, wieder an die Spitze des Postministeriums zu treten, wird Abg. Höfle als künftiger Postminister genannt. Der zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt ernannte Legationsrat Reichstagsabg. Frhr. v. Rheinbaben ist 1878 geboren, evangelisch, früher Marineattaché in Rom als Korvettenkapitän, und trat 1913 in den auswärtigen Dienst über. Er war zunächst dem Auswärtigen Amt, dann der Botschaft in Paris, den Gesandtschaften in Brüssel, in Bukarest und in Christiania zugeteilt. Seit Januar 1917 bis zum Ausscheiden aus dem Reichsdienste im September 1919 war er im Auswärtigen Amte tätig. Seitdem wirkte er in der Deutschen Volkspartei vornehmlich auf außenpolitischem Gebiete.

Die Auswirkungen der Teuerungswelle.

Warum die Preise weiter steigen.

Berlin, 16. Aug. Von den Geschäftsleuten wird ganz allgemein darauf hingewiesen, daß die Annahme, daß die gegenwärtige Abschwächung der Preise in verschiedenen Waren der Beginn eines Preisabbaus werden könnte, sehr irrig sei. Vor allem komme der Ueberführung der Tarife der öffentlichen Unternehmungen des Staates und der Gemeinden für Wertbeständigkeit eine große Bedeutung zu. Die Wertbeständigkeit der Tarife, wie sie namentlich bei der Eisenbahn beschlossen sei, werde zur Folge haben müssen, daß der Markkurs, selbst wenn er aus anderen Gründen gebessert werden könnte, sich auf den Standpunkt von 5 Millionen für den Dollar verschlechtern müsse, weil die Frachten bei der Preisbildung absolut keine untergeordnete Rolle spielten. **Weiter komme preiserhöhend hinzu, daß die riesigen Steuern, die jetzt gezahlt werden müßten, von den Geschäftsleuten natürlicherweise wieder auf die Preise abgewälzt werden würden.** Angesichts der Geldentwertung habe sich niemand mobiles Kapital hinlegen können. Es sei alles im Betriebe investiert. Auch gebe es nicht soviel Kredit, daß die Billionenziffern an Mark, die der Reichstag als Einkommen des Staates berechnet und die zusammen ungefähr ½ Drillion Staatseinnahmen ausmachten, auf dem Kreditwege oder durch Effektenverkäufe oder an barem Geld aus dem Besitz flüssig gemacht werden könnten. Infolgedessen **seien Preisabwälzungen unvermeidlich. Auch die Belastung der Landwirtschaft werde eine Abwälzung auf die Preise ihrer Produkte bedingen. Hinzu komme auch, daß der Brotpreis in den nächsten zwei Wochen viel aufzuholen habe, und daß namentlich der Uebergang zur freien Getreidewirtschaft die seitherige Methode der Preisniederhaltung unmöglich machen müsse.**

Die Großhandelsindexziffer vom 14. August.

Berlin, 16. August. Unter der Nachwirkung der akuten Devisensteigerungen in der Vorwoche hat sich das Niveau der Großhandelspreise nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes von dem 483 461 fachen des Friedensstandes am 7. August auf das 663 880 fache am 14. August oder **um 37,3 v. H. gehoben. In der gleichen Zeit ist der Dollarkurs in Berlin von 3,3 Millionen auf 8 Millionen oder 19 v. H. zurückgegangen.** Dieser Bewegung folgten zunächst die **Einfuhrwaren** mit einer leichten Senkung von dem 854 963 fachen auf das 832 770 fache oder um 2,5 v. H., während die übrigen Warengruppen noch eine Steigerung ihres Preisniveaus aufwiesen, und zwar die **Lebensmittel** im Großhandel von dem 349 021 fachen auf das 422 356 fache oder um 21 v. H., die **Industriestoffe** von dem 734 806 fachen auf das 1 115 425 fache oder um 51,8 v. H. und die Gruppe der **Inlandswaren** von dem 409 173 fachen auf das 630 102 fache oder um 54 v. H.

Vorschläge für Sicherung der Ernährung Minderbemittelter.

Berlin, 16. August. Der deutsche Wirtschaftsbund hat an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in der Vorschläge für die Sicherung des Nahrungsmittelbedarfs der minderbemittelten Bevölkerung gemacht werden. **Die Vorschläge gehen von dem Gedanken aus, daß angesichts der gegenwärtigen unhaltbaren Zustände auf dem Lebensmittelmarkt wieder eine staatlich geordnete Versorgung mit bestimmten Lebensmitteln einzusetzen habe. Von einer zwangsweisen Preisbildung und von einem Zwang zur Ablieferung soll nach Möglichkeit abgesehen werden.** Zunächst wird vorgeschlagen, den Personen, die auf Grund des Brotversorgungsgesetzes Anspruch auf Markenbrot haben, eine bestimmte Mindestmenge von Fett zukommen zu lassen.

Die Bedeutung der Goldanleihe für die Wirtschaft.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 16. August. Der Hansabund für Handel, Gewerbe und Industrie richtete an die ihm angeschlossenen Verbände eine Mahnung zur Zeichnung der Goldanleihe, in der es heißt: Nicht dringlich genug kann allen Wirtschaftskreisen gegenüber die Mahnung ausgesprochen werden, der bevorstehenden Goldanleihe zu einem vollen Erfolge zu verhelfen. Wir Wirtschaftler haben hier vor dem Auslande und vor dem Inlande unsere untrennbare Verbundenheit mit dem Schicksal des Reiches zu bekunden. Richtig erkannte Privatwirtschaftspolitik kann stets nur von der Uebereinstimmung der staatlichen und wirtschaftlichen Interessen ausgehen. Von ungeheurer Wucht stehen die Existenzfragen des Reiches und der Wirtschaft vor uns. Zeigen wir durch gewissenhafte Arbeit, daß wir in aller Not die selbstverständlichen Gebote der Vaterlandsliebe, der Hingabe des Einzelnen an das Ganze voll zu erfüllen verstehen. Dann wird das Reich und wird die Wirtschaft auch diese schweren Wochen und Monate überwinden können.

Die Herstellung der Goldanleihestücke.

Berlin, 16. August. Vom Reichsfinanzministerium wird der „Deutschen Allg. Ztg." auf Anfrage erklärt, daß der Druck der Anleihestücke sehr beschleunigt werde, und daß in zehn Tagen die Stücke geliefert werden könnten. Eher könne man Interimsscheine auch nicht fertigstellen. Die Lieferung des größten Teiles der Stücke würde also am 25. d. M. beginnen. Man habe aber Vorsorge getroffen, daß die ausgegebenen Quittungen von allen Großbanken in Zahlung genommen würden, so daß auf diese Weise dort ein sofort verwertbares Papier in die Hände der Zeichner gelange. Das Ministerium hält dies für ausreichend.

36½ Millionen Mark Wochenlohn für Buchdrucker.

Berlin, 16. August. Der Deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Auf Grund der für Montag den 13. August festgestellten Indexsteigerung von 192,2 Prozent und des vom Reichsarbeitsminister festgestellten Ausgleichsindex von 80 Prozent beträgt der Spitzenlohn eines Buchdruckers in der Woche vom 18. bis 24. d. M. 36 595 000 Mark. Die Schlüsselzahl für das deutsche Buchdruckergewerbe ist vom 16. d. M. ab auf 640 000 festgesetzt worden.

Das Inkrafttreten der neuen Postgebühren.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 16. Aug. Die 20fache Erhöhung der Postgebühren gegenüber den Augustsätzen tritt für die Telegramm- und Fernsprechgebühren am 20., für die Postgebühren erst am 24. August in Kraft. Was die Postgebühren anlangt, so müssen zunächst neue Marken herg[illegible] werden, wenn auch vielfach die alten Markenbestände benutzt werden, welche einen Ueberdruck bekommen.

Der Multiplikator der Eisenbahn.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 16. Aug. Es hatte Mißfallen erregt, daß die Eisenbahnverwaltung für die Erhöhung ihrer Tarife einen Multiplikator von 1,2 Millionen angenommen hat, was einem Dollarstande von 5 Millionen entsprechen würde. Demgegenüber wird seitens der Reichseisenbahnverwaltung darauf verwiesen, daß der Dollarstand für die sachlichen Ausgaben der Eisenbahn nicht entscheidend sein könne. Es sprechen da namentlich die Kohlenpreise mit. Wenn man den Preis für die westfälische Kohle annehme, so würde man zu einem Index von 2,4 Millionen, wenn man den Preis der englischen Kohle annehmen, zu einem solchen von 2,5 Millionen kommen.

Ungeheuerliche Fleischpreise in Berlin.

Berlin, 16. Aug. Geringe Anfuhr von Schlachtvieh hatte heute in Berlin eine neue gewaltige Steigerung der Großhandels-Fleischpreise zur Folge. Kalbfleisch ist von Montag bis heute von 450 000 auf 1 200 000 Mk. je Pfund gestiegen. Es wurden sogar 1 700 000 Mk. verlangt. Danach berechnet sich ein Pfund Schnitzel mit 1 800 000 bis 2 000 000 Mk. Rindfleisch stieg bis 700 000, so daß im Kleinhandel für Schmorfleisch 1 100 000 Mk. berechnet wird. Die Zufuhr, die nach Auskunft der Fachkreise infolge der Erntearbeiten eingeschränkt worden ist, wird dadurch weiter eingeschränkt, daß viele Aufkäufer und Fleischer das Bargeld für den Ankauf nicht mehr aufbringen können. Die Fettpreise sind gegen gestern wiederum niedriger. Schmalz ist bis 400 000 Mark heruntergegangen. Kartoffeln kosten im Kleinhandel noch immer bis 28 000. (W. T. B.)

Herabsetzung der Preise für markenfreies Brot in Berlin.

Berlin, 16. August. Für Groß-Berlin sind die Preise für markenfreies Gebäck ermäßigt worden. Das markenfreie Brot kostet vom Freitag ab 200 000 Mk. statt bisher 240 000 Mk.

Englands zunehmendes Vertrauen zu Deutschland.

Das Urteil der „Times" über die Lage in Deutschland.

London, 16. Aug. Die „Times" schreibt in einem Leitartikel, es sei behauptet worden, daß die letzte britische Note an Frankreich einen Bruch der Entente bedeute. Es sei nicht anzunehmen, daß dies das notwendige Ergebnis sei. Die Entente sei eine gegenseitige Anerkennung der Tatsache, daß der Friede in Europa am wirksamsten aufrechterhalten werden könne, wenn Großbritannien und Frankreich zusammenarbeiteten. Da dies klar verstanden werde, so sei die ganze Frage, ob die britische Regierung in der augenblicklichen Lage mit unnachgiebiger Offenheit sprechen werde oder nicht. Das einzige Heilmittel in einer unmöglichen Lage sei für die britische Regierung gewesen, alle Reserve beiseite zu lassen, um unzweideutig den britischen Standpunkt auseinanderzusetzen. Glücklicherweise sei in Deutschland ein Umschwung eingetreten. Die Unruhen legten sich. Die vorläufigen Maßnahmen finanzieller Natur seien getroffen worden. Was auch immer ihr dauernder Wert sei, diese Maßnahmen und die neue Tätigkeit der Regierung hätten anscheinend die unmittelbare Gefahr hinausgeschoben. Stresemanns Regierung scheine mit Vertrauen aufgenommen worden zu sein. Werde die Ueberlegung des allgemeinen Interesses doch die Oberhand behalten? (WTB.)

Annäherung des französischen Standpunktes an den englischen?

London, 16. Aug. Der Londoner Berichterstatter des W. T. B. erfährt, daß in englischen politischen Kreisen erwartet wird, daß Poincaré die englische Note Punkt für Punkt in höflichem Tone beantworten werde. Die Tatsache, daß gut unterrichtete Pariser Organe die Frage einer Sachverständigenberatung sowie den im Plane Bonar Laws enthaltenen Betrag von 50 Milliarden Goldmark als Leistungsfähigkeit Deutschlands erwähnen, läßt nach englischer Ansicht darauf schließen, daß in gewissen französischen Kreisen der englische Vorschlag größere Beachtung als bisher findet, und daß er daher als Verhandlungsgrundlage angesehen wird. Was die von den Alliierten geforderte Kontrolle der deutschen Reparationszahlungen betrifft, so wird es nach englischer Ansicht nicht für unmöglich gehalten, daß zu diesem Zwecke eine Kommission vielleicht finanziellen Charakters im Ruhrgebiete belassen wird. (wtb.)

Ein konstruktiver französischer Plan in der Antwort an England.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Paris, 16. August. Es wird jetzt als feststehend bezeichnet, daß die Antwort Frankreichs an England einen Teil enthalten wird, in dem Poincaré einen konstruktiven Plan darlegt.

Die antieuropäische Politik Coolidges.

Washington, 16. August. Der neue amerikanische Präsident hat vor englischen Journalisten eine längere Rede gehalten. Er bat die Journalisten, diese Rede nicht wörtlich zu bringen. Diese Rede ist auf folgenden Sätzen aufgebaut: Amerika lehnt es ab, in europäischen Fragen als Schiedsrichter aufzutreten oder auf der Seite Englands gegen Frankreich Partei zu nehmen. Amerika lehnt es weiter ab, sich an irgend einer Aktion zur Lösung der Reparationsfrage zu beteiligen, wenn die Einladung dazu nicht zugleich von allen beteiligten europäischen Völkern ausgeht. **Damit ist eine amerikanische Mitwirkung bei der Abschätzung der Leistungsfähigkeit Deutschlands, wenn diese Einschätzung gegen den französischen Einspruch von England durchgeführt werden sollte, anscheinend unmöglich geworden.**

Weiter gab der Präsident an, daß Amerika nicht bereit sei, Frankreich oder Italien irgend einen Teil ihrer amerikanischen Schulden zu erlassen. Amerika habe es abgelehnt, das Baldwin-Abkommen über die englischen Zahlungen an Amerika zu modifizieren, wenn England, um die Reparationsfrage lösen zu können, geneigt wäre, nicht nur Deutschland, sondern auch Frankreich und Italien weitgehend entgegenzukommen. **England müsse sein Schuldenabkommen unter allen Umständen im vollen Umfange gegen Amerika erfüllen.**

Frankreich versucht auch die neue Goldanleihe zu sabotieren.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Paris, 16. August. Ein Kommuniqué der Repko teilt heute abend mit, daß die Kommission sich in der Sitzung vom 14. August mit der neuen deutschen Goldanleihe befaßt habe und mit einer Stimme Mehrheit **bei Stimmenthaltung des englischen Delegierten** beschlossen habe, an Deutschland ein Schreiben zu richten, in dem ein **Vorbehalt gegen die deutsche Goldanleihe** formuliert wird. Dieser Brief ist am Dienstag abend der Kriegslastenkommission übermittelt worden. Es wird darin ausgeführt, daß die Tatsache, daß die deutsche Regierung es nicht für notwendig gehalten habe, auf Grund des § 248 des Versailler Vertrages die Kommission um eine Ausnahmeermächtigung von diesem Artikel zu ersuchen, es für die Repko notwendig mache, einen ausdrücklichen Vorbehalt zu formulieren, sowohl gegenüber den Zeichnern der deutschen Goldanleihe, als auch den übrigen Anteilhabern hinsichtlich ihres Prioritätsrechtes an den Sicherheiten, die die deutsche Regierung für die Zahlung der Zinsen und für die Kapitalamortisation der Anleihe bezeichnen wird. Einen Vorbehalt aber müsse die Repko auch insbesondere hinsichtlich dieser außerordentlichen Einnahmen selbst machen, die von ihr eventuell für die Entlastung der Reparationsannuitäten in Anspruch genommen werden können.

Es ist dasselbe Manöver, wie es bereits seinerzeit bei der Dollarschatzanleihe von Frankreich versucht wurde. Die französischen Treibereien hatten damals leider teilweise Erfolg. Diesmal aber muß man die feste Erwartung aussprechen, daß sich niemand bei dem vaterländischen Werke zur Rettung Deutschlands vor dem Untergange von diesen unlauteren Machenschaften ins Bockshorn jagen läßt, zumal ihnen außer dem englischen Vertreter auch andere Mitglieder der Repko ihre Zustimmung versagt haben.

Der Londoner französische Botschafter in Paris.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Paris, 16. August. Der französische Botschafter in London Graf St. Aulaire ist, aus London kommend, heute in Paris eingetroffen.

SLUB
Wir führen Wissen.